

Ein brandenburgverträgliches Konzept für die Energiepolitik des Landes



Energiekonzept der CDU-Fraktion im Landtag Brandenburg

Stand 06.03.2012

Inhalt

I Einleitung und Leitbild – Brandenburg ist Energieexportland

II Brandenburg im Licht langfristiger energiepolitischer Trends

III Fundamente der brandenburgischen Energiepolitik

- a. Akzeptanz und Transparenz – Bürgerbeteiligung statt Hinterzimmerpolitik
- b. Forschung und Entwicklung – Innovative Wissenschaftslandschaft statt Stillstand und Abwarten

IV Grundpfeiler der märkischen Energiepolitik

1. Pfeiler – Energieeffizienz
2. Pfeiler – Leistungsfähige Netze
3. Pfeiler – Energieträger im Mix

V Fazit – Ein brandenburgverträgliches Energiekonzept

I Einleitung und Leitbild – Brandenburg ist Energieexportland

Brandenburg ist ein Energieland. Wir alle gemeinsam verbrauchen jährlich etwa 660 Petajoule, das sind mehr als 180 Milliarden Kilowattstunden. Eine vierköpfige Familie verbraucht im Jahr zwischen 4.000 und 5.000 Kilowattstunden pro Jahr.

Mehr als noch einmal so viel Energie produziert Brandenburg für den Export. Deshalb ist der Titel ‚Energieland für Brandenburg‘ absolut gerechtfertigt. Als Energieland sind wir derzeit sowohl vom geförderten Ausbau der Erneuerbaren Energien, als auch vom heimischen Rohstoff Braunkohle betroffen. 12.000 Arbeitsplätze sind im Bereich der alternativen Energien in den letzten Jahren entstanden. Die Braunkohle bietet in der Lausitz über 17.000 direkte und indirekte Arbeitsplätze und ist damit mit Abstand der größte Arbeitgeber in der Region. Es ist viel zu leisten, damit Brandenburg den Titel Energieland auch in den nächsten Jahrzehnten tragen kann.

Die Herausforderungen für eine brandenburgverträgliche Energiepolitik

Mit dem von der Bundesregierung beschlossenen Atomausstieg bis 2022 wurde eine ambitionierte Energiewende in Deutschland eingeleitet, die unser Land Brandenburg vor große Herausforderungen stellt.

Weil die Kernenergie mit einem derzeitigen Anteil von rund 20 Prozent an der Gesamtstromerzeugung binnen eines Jahrzehnts vollständig ersetzt werden soll, ist nicht nur ein Ausbau alternativer Energieerzeugung, sondern insbesondere eine grundlegende Verbesserung der Stromleitungen und -netze notwendig. Darüber hinaus braucht es eine Initialzündung im Bereich der Forschung und Entwicklung, um das Ziel der Energiewende innerhalb eines Jahrzehnts zu erreichen.

Daraus leitet sich auch die eigene Verantwortung Brandenburgs ab, durch eine weitsichtige, kluge und langfristig angelegte Energiepolitik dieses Politikfeld brandenburgverträglich voranzubringen. Ohne jeden Zweifel sind die Entwicklungen der Energiepolitik dabei schwer prognostizierbar und schwer administrierbar. Darüber hinaus haben die Wirkungshorizonte für heutige Entscheidungen im Bereich der Energiepolitik einen stark langfristigen Charakter.

Gerade bei Erneuerbaren Energien ist der beste Ort für die Energieerzeugung nicht dort, wo auch der höchste Energieverbrauch stattfindet. Windkraftanlagen im Norden produzieren für Produktionsstandorte im Süden. Diese einfache Problematik führt zu großen technischen Herausforderungen.

Der Ausbau der Stromnetze stellt daher die größten Herausforderungen an eine sichere, bezahlbare und bei den Bürgern akzeptierte Energiepolitik. Wir brauchen moderne, leistungsfähige und intelligente Netze, sogenannte smart grids sowie Zähler, sogenannte smart meters. Nur so können Energieerzeugung, Transport und Verbrauch sinnvoll miteinander kombiniert werden. Deshalb sind umfangreiche Ausbaumaßnahmen in Form

von Umspannwerken, Schaltfeldern und einer Erhöhung der Transformatorleistung notwendig. Dazu müssen allein in Brandenburg über 1.500 km neue 110kV-Starkstromleitungen und ca. 600 km neue 380kV-Leitungen installiert werden, um das Energienetz des Landes an die neuen Erfordernisse anzupassen. Gerade als Exporteur ist es wichtig, den hier erzeugten Strom zuverlässig zu transportieren. Dabei ist auch der Investitionsbedarf in die Netze der örtlichen Energieversorger, wie beispielsweise der Stadtwerke, nicht zu vergessen.

Dialog statt Hinterzimmerpolitik – Forschung statt Stillstand und Abwarten

Unter diesen Rahmenbedingungen brauchen wir für Brandenburg eine ergebnisoffene Diskussion, die keine technologischen Möglichkeiten ausschließt. Dabei sollen Wirtschaftlichkeit, Umweltverträglichkeit und Bürgerinteressen gleichermaßen berücksichtigt werden.

Der Umbau unserer Energieversorgung wird nur gelingen, wenn Bürgerinnen und Bürger in diesen Veränderungsprozess aktiv einbezogen werden: Akzeptanz und Transparenz sind essentielle Säulen dieses Prozesses.

Die CDU-Fraktion im Landtag Brandenburg stellt sich dieser Aufgabe. Ausgehend von der aktuellen Situation haben wir Bekenntnisse formuliert, die als berechenbare Richtschnur gelten und dabei genug Flexibilität und Spielräume für Innovationen und technischen Fortschritt bieten. Aus unserer Sicht steht Brandenburg vor der großen Aufgabe, die Balance zwischen dem Gemeinwohl des Landes und dem individuellen Interesse einzelner Energiesparten herzustellen. Aufgrund der enormen Herausforderungen, vor denen unser Land im Energiebereich steht, muss es eine breite gesellschaftliche Diskussion über das Machbare geben – technologieoffen und ideologiefrei. Energiepolitik darf dabei niemals ideologischer Selbstzweck sein.

Unser Leitsatz:

Wir brauchen eine sichere, saubere und bezahlbare Energieversorgung mit einer verlässlichen, berechenbaren und akzeptierten Perspektive, die europäisch und international verankert ist – und den marktwirtschaftlichen Prinzipien gerecht wird.

Fundament unseres Modells sind Bürgerbeteiligung und Akzeptanz. Nur wenn die Energiepolitik Brandenburgs von den Menschen, die hier leben und ihre Heimat haben, getragen, unterstützt und akzeptiert wird, können wir erfolgreich sein.

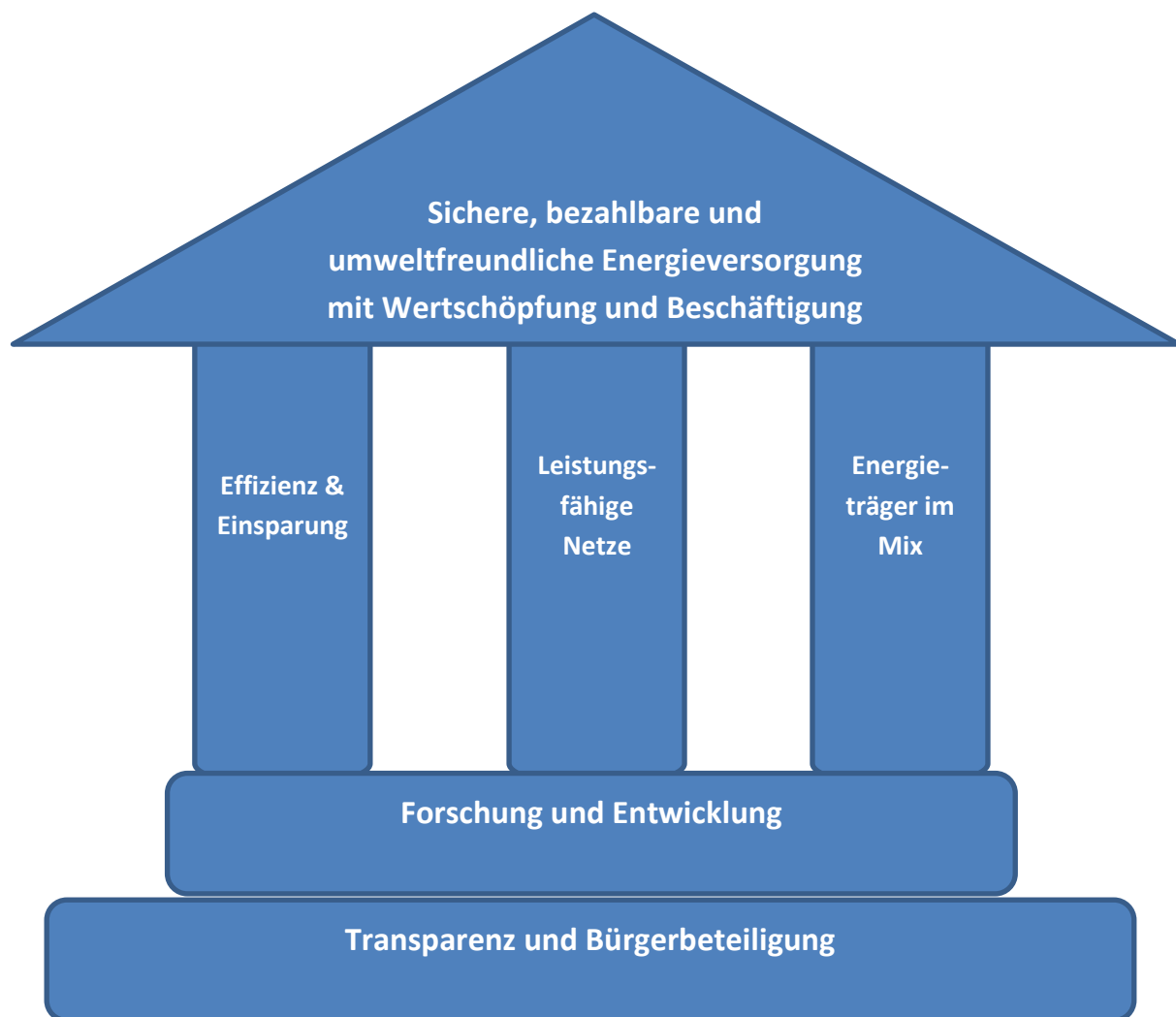
Ein weiteres Fundament ist die konsequente Stärkung von Forschung und Entwicklung. Nur durch enges Zusammenwirken von wissenschaftlicher Forschung, modellhafter Erprobung und praktischer Anwendung kann Brandenburg auch in Zukunft ein Energieland sein, in dem Wertschöpfung und Arbeitsplätze zu Hause sind.

Auf diesen beiden Fundamenten ruhen drei Pfeiler, die eine ausgewogene Energiestrategie ausmachen.

1. Pfeiler Effizienz und Einsparung
2. Pfeiler Leistungsfähige Netze
3. Pfeiler Energieträger im Mix

Sind diese drei Pfeiler stabil und stehen in einem vernünftigen Verhältnis zueinander, dann können die Erwartungen erfüllt und die gesteckten Ziele erreicht werden:

Eine sichere, bezahlbare und umweltfreundliche Energieversorgung, die Arbeitsplätze und Wertschöpfung im Land hält und schafft.



Dieses Gebäude müssen und wollen wir als CDU-Fraktion in Brandenburg errichten. Das vorliegende Papier ist dafür eine Grundlage, die in Zukunft stetig angepasst und weiterentwickelt werden muss.

II Brandenburg im Licht langfristiger energiepolitischer Trends

Aus Sicht der CDU-Fraktion lassen sich in der Energiepolitik vor allem folgende ausgewählte Entwicklungen beobachten. Sie verändern die Energiepolitik Deutschlands und Brandenburgs tiefgreifend und nachhaltig.

- In den letzten Jahren wächst die Einsicht, dass Akzeptanz und Beteiligung der Bürger für den Erfolg der Energiewende unerlässlich sind. Dazu zählen folgende Aspekte:
 - Bürgerbeteiligung (Transparenz und Akzeptanz)
 - Beschleunigung/Änderung von Planungsverfahren und administrativen Prozessen
 - Entschädigungsregelungen und Wälzungsmechanismen
 - Genossenschaftsmodelle
- Neue Netze und Versorgungsmöglichkeiten sind für die Energiewende unverzichtbar. Noch ist der Netzausbau zu langsam, um die Stromversorgung langfristig zu sichern. Dazu zählen folgende Aspekte:
 - örtliche und zeitliche Verschiebung von Erzeugung und Verbrauch
 - intelligente Netze (smart grids)
 - intelligente Zähler (smart metering)
 - Hybridkraftwerke mit Speichertechnologien
- Eine sinnvolle Energieeinsparung und Programme für mehr Energieeffizienz haben das größte und bis dahin nicht ausreichend genutzte Potenzial:
 - Passivhausstandards bis Energiehaus-Plus
 - Energiedienstleistungen und Beratung
 - Technische Lösungen auch im Bereich des Gebäudebestandes

- Technische Entwicklungen in der Strom- und Wärmeerzeugung sind schon heute im Einsatz. Dazu zählen u.a.:
 - Verschmelzen der Erzeugung von Strom und Wärme (Kraft-Wärme-Kopplung)
 - Dezentralisierung der Energieerzeugung
 - Entwicklung von Speichertechnologien
 - hocheffiziente Kleinanlagen
 - Systemintegration und Systemtechnologie

III Fundamente der brandenburgischen Energiepolitik

a. Akzeptanz und Transparenz – Bürgerbeteiligung statt Hinterzimmerpolitik

Unsere Maßstäbe in der Energiepolitik sind Bürgernähe und Beteiligung, Technologieoffenheit und technischer Fortschritt. Bei allen Entscheidungen braucht es Transparenz und die klare Zuordnung von Verantwortung.

Der Umbau unserer Energieversorgung wird nur gelingen, wenn Bürgerinnen und Bürger in diesen Veränderungsprozess aktiv einbezogen werden: Akzeptanz und Transparenz sind essentielle Säulen dieses Prozesses.

Eine sichere, bezahlbare und umweltfreundliche Energieversorgung, die Arbeitsplätze und Wertschöpfung im Land hält und schafft, kommt nicht zum Nulltarif. Das gilt einerseits für die Bereitschaft jedes Einzelnen, Kostensteigerungen in Kauf zu nehmen und eigene Beiträge zu Energieeinsparung zu leisten sowie eigene Verantwortung zu übernehmen, beispielsweise die Änderung von Lebensgewohnheiten, die Anschaffung neuer und moderner Haushaltsgeräte oder die energetische Sanierung des Eigenheims.

Andererseits beeinträchtigen der Netzausbau, Windkraft- und Solaranlagen, aber auch neue Technologien wie Geothermie oder die CO₂-Speicherung das Lebensumfeld und die Lebensqualität der Menschen unmittelbar. Hier gibt es regional unterschiedliche Akzeptanz- und Toleranzgrenzen, die rechtzeitig erkannt und berücksichtigt werden müssen. Schon jetzt zeigen zahlreiche Bürgerinitiativen diese Konfliktfelder schonungslos auf, die von der Politik gelöst werden müssen. Es geht insbesondere darum, die individuelle Sicht des Einzelnen und das gesamtgesellschaftliche Interesse in einen vernünftigen Ausgleich zu bringen.

Gerade die betroffenen Menschen vor Ort müssen deutlich vor Beginn zu förmlichen Verfahren informiert und einbezogen werden. Ansprechpartner, Kontaktadressen, Sonderrufnummern und -mailadressen müssen allen Bürgern die Möglichkeit eröffnen, sich aktiv in den Prozess einzubringen.

Auf den Punkt gebracht – Forderungen der CDU-Fraktion:

- Einrichtung eines umfassenden Informations- und Serviceportals im Bereich der Energiepolitik:
 - Bündelung der bestehenden Informationsmöglichkeiten, u. a. Kooperationen mit Marktpartnern und Beteiligung des Energiesektors,
 - Darstellung von Energiebilanzen,
 - Berücksichtigung der verschiedenen Anspruchsgruppen (Unternehmen, private Haushalte, Kommunen, Forschungseinrichtungen etc.),

- Benennung von Ansprechpartnern und Kontaktadressen,
- Kommunikationsplattform für interessierte Bürger,
- Transparente Darstellung geplanter Aktivitäten,
- Informationsbroschüren und –materialien,
- Entwicklung einer echten Kommunikationsstrategie; die im Wirtschaftsministerium neu gegründete Arbeitsgruppe „Strategische Kommunikation“ ist auf ihre Wirksamkeit hin zu überprüfen sowie
- Verstärkte Integration der Zukunftsagentur Brandenburg (ZAB) und regionaler Energieagenturen.

b. Forschung und Entwicklung – Innovative Wissenschaftslandschaft statt Stillstand und Abwarten

Die Wissenschaftslandschaft in Brandenburg ist für die Forschung im Energiebereich gut aufgestellt. Dieses Potential gilt es künftig auszubauen und noch stärker zu nutzen.

Grundlagenforschung, das heißt die Forschung für eine umweltschonende, zuverlässige und bezahlbare Energieversorgung, muss ergebnisoffen gefördert werden. Dabei gilt es, Forschungs- und Entwicklungsprojekte stärker an den Gegebenheiten in Brandenburg auszurichten, um den größtmöglichen Nutzen für das Land daraus zu ziehen. Besonders wichtig ist dieser Aspekt hinsichtlich der industriellen Entwicklung der Lausitz. Wir brauchen endlich ein Zukunftskonzept für diese Region. Vor dem Hintergrund des angestrebten Wechsels von fossiler zu regenerativer Energieerzeugung ist es unerlässlich.

Die zukünftige Wertschöpfung Brandenburgs hängt in zunehmendem Maße von Wissenstransfers außeruniversitärer Forschungseinrichtungen und Hochschulen in Industrie und Wirtschaft ab. Wir sehen es als notwendig an, dass künftig angewandte Forschung zu alternativen Energieformen, Speichertechnologien, Materialforschung, Stoffkreisläufen oder Regelungs- und Steuerungstechnik stärker in den Vordergrund rücken. Konkurrenzfähigkeit und Alleinstellungsmerkmale sind wesentliche Bausteine für den Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort Brandenburg.

Viele kleine und mittlere Unternehmen und Forschungseinrichtungen in Brandenburg könnten von den Forschungsergebnissen profitieren und eine weitgehend eigenständige Stromversorgung anstreben.

Die bestehenden Forschungseinrichtungen in Brandenburg sind:

Brandenburgische Technische Universität Cottbus (BTU Cottbus)
Helmholtz-Zentrum Potsdam – Deutsches GeoForschungsZentrum (GFZ)
Institute for Advanced Sustainability Studies Potsdam (IASS)
Potsdam- Institut für Klimafolgenforschung e.V.(PIK)
Fraunhofer-Einrichtung für Polymermaterialien und Composite (PYCO)
Leibniz-Institut für Agrartechnik Potsdam-Bornim (ATB)
Leibniz-Institut für innovative Mikroelektronik (IHP)
Fraunhofer-Institut für Angewandte Polymerforschung (FH-IAP)
Fachhochschule Brandenburg
Technische Hochschule Wildau (FH)
Fachhochschule Lausitz (FL)

Auf den Punkt gebracht – Forderungen der CDU-Fraktion:

- Profilierung unserer Hochschulen zum Thema Energieforschung,
- Stärkung und Unterstützung der Grundlagenforschung und der angewandten Forschung, vor allem in den Bereichen
 - Alternative Energieformen, z. B. Algenforschung,
 - Speichertechnologien,
 - Wasserstoffforschung,
 - Materialforschung,
 - Hochleistungsbohrtechniken (Tiefen-Geothermie),
 - Stoffkreisläufen (z. B. CO₂),
 - Steuerungs- und Regelungstechnik,
- Unterstützung von Lehre und Forschung im Bereich der Energie,
- Stärkung des Clusters „Energietechnik“ im Rahmen der Wirtschaftsstrategie des Landes Brandenburg,
- Forschungsprojekt zur Nutzung der Eisenbahninfrastruktur (Leitungsnetz der Bahn) für die Kopplung des Netzausbaus,
- Unterstützung von Forschungsvorhaben zur Einführung von innovativen Bustechniken zur EDV-gestützten Ansteuerung elektronischer Haushaltsgeräte,

- Unterstützung von Forschungsverbünden und Innovationsförderung,
- Wissenstransfer sowie
- Entwicklung eines Zukunftskonzeptes für die Lausitz.

c. **Grundpfeiler unserer Energiepolitik**

Unser Energiekonzept verfolgt realistische Ziele aus dem Blickwinkel einer langfristigen Beständigkeit. Für uns gelten folgende Grundlagen:

- Brandenburg bleibt Energieexportland. Daraus resultiert eine enge und langfristig angelegte Zusammenarbeit mit anderen Bundesländern, vor allem mit Berlin.
- Unsere Energiepolitik muss sich grundsätzlich an den aktuellen Möglichkeiten von Innovation und technischem Fortschritt ausrichten.
- Alle gesetzlichen Rahmenbedingungen und Förderprogramme müssen sich an marktwirtschaftlichen Anreizen, Verlässlichkeit und Vernunft orientieren. Reine finanzielle Mitnahmeeffekte – beispielsweise aus dem EEG – müssen rasch abgebaut und durch Maßnahmen ersetzt werden, die Innovationen fördern.
- Bei allen Maßnahmen ist eine Abwägung zwischen Rendite orientierten Interessen von einzelnen Energiesparten und dem Nutzen für die Gemeinschaft erforderlich.
- Die Veränderungen der Bevölkerungsstrukturen durch den demographischen Wandel in Brandenburg sind bei Planungen zur Energiepolitik zu berücksichtigen.
- Wertschöpfung und Beschäftigung müssen gesichert werden.

1. Pfeiler Energieeffizienz

Eine sinnvolle Energieeinsparung hat das größte und bis dahin nicht ausreichend genutzte Potenzial Ressourcen und Geld zu sparen. Das gilt insbesondere für die Umwandlungsverluste bei Energieerzeugung durch Braunkohle. Deshalb steht die CDU-Fraktion zu Investitionen in neue, hochmoderne Kraftwerke. Solange die Braunkohle zur Sicherung der Grundlast benötigt wird, sind effiziente Kraftwerke und Modernisierungsinvestitionen sinnvoll und notwendig – unabhängig davon, ob die CCS-Technologie zur CO₂ Abscheidung anwendungsreif ist.

Energieeffizienz ist aber nicht nur bei Energieerzeugung, sondern auch bei der Reduzierung des Energieverbrauchs von erheblicher Bedeutung. Die Energiepreise für private Haushalte und Unternehmen in Brandenburg sind in den letzten Jahren rasant gestiegen.

Elektrischer Strom (Jahresdurchschnitt)		2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Kosten für Erzeugung von Strom im Vergleich zu 2005	Gewerbliche Anlagen	-7,5	-4,4	1	+3,9	+7	+11,9	+17,6	+22,6
Kosten für Endverbraucher im Vergleich zu 2005	Private Haushalte	-7,8	-4	1	+3,9	+11,1	+18,8	+26,2	+30,2

(Quelle: Antwort der Landesregierung Brandenburg auf die Große Anfrage der CDU-Fraktion, Drucksache 5/4040, 19.09.2011)

Aber nicht nur wegen der Kostenbelastung für jeden einzelnen Brandenburger ist die Steigerung der Energieeffizienz von Bedeutung. Je weniger Energie wir für den Erhalt oder die Verbesserung unseres Lebensstandards, Produktion oder Mobilität benötigen, desto größer ist die Chance, dass wir die Energiewende erfolgreich bewältigen.

Deshalb kommt der Gebäudesanierung aus unserer Sicht eine besondere Rolle zu. Die Landesregierung muss bei der Energieeffizienz als Bauherr oder Eigentümer eigener Immobilien mit gutem Beispiel vorangehen. Alle verfügbaren Maßnahmen müssen systematisch auf ihre Wirtschaftlichkeit geprüft und bei einem positiven Saldo von Energieeinsparung zu Investitionskosten umgesetzt werden. Von Aufträgen zur energetischen Gebäudesanierung und Verbrauchsminimierung profitieren vor allem heimische Unternehmen.

Unabhängige Energieberatungen von Immobilienbesitzern zu Fassadensanierung und Dämmung, Wärmepumpen, Brennwerttechnologie, Steuerungs- und Regelungstechnik oder Energieerzeugung zum Eigenverbrauch sind sinnvoll. Hierfür sollten beispielsweise öffentlichkeitswirksame Aktionen, wie Messen- und Ausstellungen zu den Energieeinsparpotenzialen beim Hausbau durch zertifizierte, unabhängige Berater stärker genutzt werden.

Darauf aufbauend können intelligente Marktanreizprogramme stärker gefördert und unterstützt werden. Förderprogramme und Initiativen müssen noch besser kommuniziert werden, um jeden Verbraucher darüber zu informieren, welche Möglichkeiten er hat und was für ihn sinnvoll ist.

Brandenburg benötigt eine übersichtliche Energiebilanz, die öffentlich einsehbar ist, regelmäßig aktualisiert wird und mit anderen Bundesländern verglichen werden kann. Darin sind unter anderem darzustellen:

- Menge der in Brandenburg erzeugten Energie, einzeln dargestellt nach Erzeugungsart

- Sektoraler Energieverbrauch
- Energieexport
- Stand und Kosten des Netzausbaus
- Sanierungsstand und Fördermöglichkeiten
- Zusammenarbeit mit Berlin und Berücksichtigung der entsprechenden Ausgangslage der Bundeshauptstadt bei den Themen Versorgung und Strombedarf

Außerdem erachten wir es als sinnvoll, wenn der Energieverbrauch und die Energiekosten öffentlicher Einrichtungen des Landes, der Landkreise und der Kommunen, für die Bürger transparent dargestellt werden. Mit Vergleichsdaten zum Vorjahresmonat und zum Durchschnittsverbrauch kann zum einen die Vorbildwirkung der öffentlichen Hand dargestellt werden. Zum anderen wird das Thema Energieeinsparung noch weiter in das öffentliche Interesse gerückt.

Auf den Punkt gebracht – Forderungen der CDU-Fraktion:

- Investitionen in den Kraftwerkspark zur Verbesserung des Wirkungs- und Effizienzgrades,
- Erstellung einer übersichtlichen Energiebilanz,
- Erschließen des Wertschöpfungspotenzials im Bereich der energetischen Gebäudesanierung für heimische Handwerksbetriebe:
 - Tatsächliche Wahrnehmung der „Vorbildfunktion“ der öffentlichen Hand,
 - Bereitstellung von Informationsmaterialien (Endverbraucher und Unternehmen) für energetische Sanierungsmöglichkeiten und Energieeinsparmaßnahmen in Kooperation mit Marktpartnern:
 - Wärmedämmung und Fenstersanierung,
 - Innovative Heizungstechnik und hydraulischer Abgleich,
 - Entwicklung von Kampagnen und Leitfäden mit Marktpartnern,
- Unterstützung von Contracting-Programmen,
- Schaffung von steuerlichen Anreizmechanismen zur Absetzung handwerklicher Energieeffizienzmaßnahmen sowie
- Forcierung der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK).

2. Pfeiler

Leistungsfähige Netze

Deutschlands Energiepolitik bewegt sich im Spannungsfeld zwischen der Stromerzeugung im Norden und der hohen Stromnachfrage im Süden der Bundesrepublik. Für Brandenburg als Stromexport- und Stromtransitland hat deshalb der schnelle Ausbau der Stromnetze besondere Bedeutung und Priorität.

Brandenburg steht nach einer Studie der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus vor großen Herausforderungen:

- Immer mehr Erneuerbare Energie wird erzeugt und folglich in die Netze eingespeist. Es müssen mehr als 2 Milliarden Euro in den Netzausbau investiert werden.
- Im Übertragungsnetz werden 625 km neue Leitungen in Brandenburg benötigt.
- Es bedarf umfangreicher Ausbaumaßnahmen in Form von Umspannwerken, Schaltfeldern und einer Erhöhung der Transformatorleistung.
- Des Weiteren müssen im Land Brandenburg etwa 1.500 km 110kV-Starkstromleitungen installiert werden, um das Energienetz des Landes an die neuen Erfordernisse anzupassen.
- Darüber hinaus müssen auch die Leitungsnetze örtlicher Stadtwerke in die Betrachtung einbezogen werden.

Der Netzausbau stellt die größten Herausforderungen an eine brandenburgverträgliche Energiepolitik. Deshalb wollen wir eine ergebnisoffene Diskussion, die keine technologischen Möglichkeiten ausschließt. Dabei sollen Wirtschaftlichkeit, Umweltverträglichkeit und Bürgerinteressen gleichermaßen berücksichtigt werden.

Gerade die betroffenen Menschen vor Ort müssen deutlich vor Beginn von förmlichen Verfahren informiert und einbezogen werden. Ansprechpartner, Kontaktadressen, Sonderrufnummern und -mailadressen müssen Bürgern die Möglichkeit geben, sich aktiv in den Prozess einzubringen. Die Hinweise müssen direkt an die Netzausbauunternehmen weitergeleitet und ernsthaft geprüft werden. Nur mit einer hohen Bürgerakzeptanz können die notwendigen Netzausbaumaßnahmen in den nächsten Jahren erfolgreich realisiert werden. Landtag und Landesregierung trifft hier eine große Verantwortung.

Der Bund hat die notwendigen rechtlichen Rahmenbedingungen mit Netzausbaubeschleunigungsgesetz und dem Gesetz zur Beschleunigung von Planungsverfahren für Infrastrukturvorhaben geschaffen und der Bundesnetzagentur eine größere Verantwortung übertragen. Dieses Know-how muss jetzt konsequent genutzt werden, um den Ausbau zu beschleunigen. Ein abgestimmtes Vorgehen der Landes- und Regionalplanung beim Netzausbau ist dringend erforderlich, weil es sich um ein gesamtdeutsches Projekt handelt.

Ein bundesweites Umlageverfahren für Netze mit systemischem Charakter ist daher ebenso notwendig, wie den Netzausbau bundesweit zu harmonisieren, um eventuelle Kostensteigerungen für die betroffenen Regionen zu begrenzen. Brandenburg muss hierfür seine eigenen ordnungspolitischen Spielräume nutzen. Dazu gehört eine grundlegende Koordinierungs- und Steuerungsfunktion, die Definition von Zielen, Abläufen und Regeln, die Harmonisierung zwischen Netzausbau und Ausbau alternativer Energieformen und die Neuregelung von Planungsablaufverfahren.

Auf den Punkt gebracht – Forderungen der CDU-Fraktion:

- Sicherung der Netzstabilität, Koppelung des Ausbaus alternativer Energien an die Netzinfrastruktur,
- Unterstützung neuer Technologien wie smart grids und smart metering,
- Entwicklung von Speichertechnologien,
- Erstellung eines Netzausbauplans mit den Netzbetreibern (50 Hertz transmission, E.ON edis und envia),
- Berücksichtigung und Begleitung des Ausbaus der Netze örtlicher Stadtwerke,
- Schaffung von aktiven Beteiligungsprozessen und Anpassung der bestehenden Raumordnungsverfahren,
- Wälzungsmechanismen und Lastenausgleich (Besonderheit Stromexportland); dies setzt auch eine enge Kooperation mit anderen Bundesländern voraus, vor allem die jungen Bundesländer müssen hierbei eine strategische Partnerschaft bilden,
- Verzahnung von Raumordnungs- und Planfeststellungsverfahren,
- Pilotprojekt zur Nutzung der Eisenbahninfrastruktur (Leitungsnetze der Bahn) für den Netzausbau und Elektrifizierung bestehender Eisenbahntrassen,
- Überprüfung der Netze und Speicher für Erdgas (ggf. Erhöhung der Speicherreserve),
- Schaffung eines verbindlichen Rahmens für die Systemintegration alternativer Energien,
- Einführung eines bundesweiten Umlageverfahrens für den EEG-bedingten Netzausbau.

Ausgehend von der aktuellen Situation haben wir Bekenntnisse formuliert, die als berechenbare Richtschnur gelten und dabei genug Flexibilität und Spielräume für Innovationen und technischen Fortschritt bieten. Aus unserer Sicht steht Brandenburg vor der großen Aufgabe, die Balance zwischen dem Gemeinwohl des Landes und dem individuellen Interesse einzelner Energiesparten herzustellen.

Unser Bekenntnis zu Fossiler Energie

Die CDU-Fraktion steht weiterhin zur Nutzung der einheimischen Braunkohle. Sie ist mit einem Anteil von knapp 25 Prozent an der Energieerzeugung wichtiger Bestandteil eines zukunftssicheren Energiemixes und bis auf weiteres als Wegbereiter für die Erneuerbaren Energien unverzichtbar. Dabei soll die CCS-Technologie weiter ohne politische Vorfestlegungen erforscht werden – auch um künftig CO₂ als Rohstoff nutzen zu können.

Neue Technologien der Kohlenutzung – beispielsweise Kraftstoffe oder andere Vorprodukte für die energetische und chemische Nutzung – sollen in enger Kooperation mit der chemischen Industrie im Süden der Lausitz erforscht und durch das Land Brandenburg gefördert und vorangetrieben werden. Die Brandenburgische Technische Universität Cottbus muss dahingehend gestärkt und die Zusammenarbeit mit den Braunkohleländern Sachsen und Sachsen-Anhalt intensiviert werden.

Die vom Tagebau betroffenen Gemeinden und Bürger sollen künftig stärker einbezogen und betreut werden. Dafür müssen verbindliche Abbauziele unter Beteiligung der Bürger planungssicher definiert werden – möglichst ohne die Umsiedlungen von Gemeinden. Die Entschädigungsregeln sind ebenso zu überarbeiten wie der Umgang mit den Menschen, die in unmittelbarer Nähe der Tagebaue leben.

Auf den Punkt gebracht – Forderungen der CDU-Fraktion:

- Bekenntnis zur Braunkohle: die CDU-Fraktion hält an dem Energieträger Braunkohle als Wegbereiter für die Erneuerbaren Energien fest, etwaige Ausstiegsforderungen halten wir zum jetzigen Zeitpunkt für verfrüht und realistisch nicht durchsetzbar,
- Investitionen in den Kraftwerkspark (Effizienzgrad),
- Förderung der Braunkohlenforschung im Hinblick auf weitergehende Nutzbarkeit des Rohstoffes,
- Neuregelungen von Tagebaurandbetroffenheit.

Unser Bekenntnis zur Biomasse

Die CDU-Fraktion spricht sich grundsätzlich für eine nachhaltige und dezentrale Bioenergieerzeugung aus. Notwendig ist aber eine klare Prioritätensetzung der Nutzung der tierischen und pflanzlichen Stoffe:

An erster Stelle steht die Ernährungssicherheit, danach folgen die stoffliche Nutzung und erst dann die energetische Nutzung. Der verantwortungs- und maßvolle Ausbau ist wichtig. Nutzungskonkurrenzen sollen vermieden werden.



Nutzungspyramide von Biomasse

Die Überarbeitung der derzeitigen Biomassestrategie sehen wir als dringend geboten an. Ein zentrales Ziel muss dabei der grundsätzliche Stopp des unregelmäßigen Ausbaus von Biogasanlagen sein. Ihre Anzahl hat sich in den letzten Jahren nahezu versechsfacht. Fragestellungen, wie die „Tank-oder-Teller-Diskussion“ oder der Import von Biomassen aus dem Ausland sind dabei zu berücksichtigen.

Die Entwicklung der Zahl der Anlagen und deren installierter elektrischer Leistung im Bereich der Biomasse

	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Anzahl Biomasse-Heizkraftwerke	15	17	17	20	18	20	22
Anzahl Biogasanlagen	31	34	55	98	156	176	190
BioHKW Leistung in MW _{el}	133,6	141,8	156,5	172,0	157,0	157,0	157,0
BGA-Leistung in MW _{el}	16,0	17,0	32,5	54,6	98,0	112,0	120,0

(Quelle: Antwort der Landesregierung Brandenburg auf die Große Anfrage der CDU-Fraktion, Drucksache 5/4040, 19.09.2011, S. 24)

Auf den Punkt gebracht – Forderungen der CDU-Fraktion:

- Überarbeitung der Biomassestrategie,
- Verbindliche konzeptionelle Ausrichtung auf der Grundlage von Nachhaltigkeitsstrategien,
- umfassende Folgenabschätzung eines verstärkten Biomasseanbaus für die unterschiedlichen Nutzungsarten,
- Vermeiden von Monokulturen („Vermaisung“),
- Ausgleich der Spannungsfelder Biodiversität, Wasserhaushalt und landwirtschaftliche Nutzfläche,
- Unterstützung alternativer Technologien,
- Einbindung in Energie- und Klimaschutz-, Biodiversitätsstrategien sowie Nachhaltigkeitsstrategie des Landes,
- Erarbeitung eines Kommunikationskonzeptes, um die Nutzungskonflikte aufzuzeigen und die Menschen in deren Lösung einzubinden,
- Ausrichtung auf die effizientesten Technologien und Verwendungsmöglichkeiten sowie
- Vorrangige Nutzung aus Bioabfällen und Gülle.

Unser Bekenntnis zur Geothermie

Unser Land ist für die Nutzung der Geothermie sehr gut geeignet, weil die geologischen Bedingungen für Erdwärmenutzung vielerorts hervorragend sind. Das ist durch viele Erkundungsbohrungen dokumentiert.

In den letzten Jahren ist daher die Nutzung von Wärmepumpen in Brandenburg stark angestiegen. Lag die Anzahl im Jahr 2004 noch bei 1.900, so wurden im Jahr 2010 etwa 10.500 Wärmepumpen eingesetzt. Da gerade die oberflächennahe Geothermie (bis max. 400m) faktisch unbegrenzt genutzt werden kann, müssen diese Potenziale stärker gefördert und somit nutzbar gemacht werden.

Entwicklung des Absatzes und installierter Leistung von Wärmepumpen

Wärmepumpen in Brandenburg	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Anzahl Anlagen	1.900	1.900	2.200	7.600	8.830	9.574	10.360
Thermische Leistung in kW	22.800	22.800	28.500	42.500	59.700	67.000	72.500

(Quelle: Antwort der Landesregierung Brandenburg auf die Große Anfrage der CDU-Fraktion, Drucksache 5/4040, 19.09.2011, S. 29)

Die Tiefengeothermie (ab 400m) hat derzeit in Brandenburg einen minimalen Anteil von 0,5 Prozent an der Wärmeerzeugung aus Erneuerbaren Energien. Auch hier ist das theoretische Potenzial in Brandenburg extrem hoch. Allerdings bedarf es noch einige Jahre der Forschung und Entwicklung, ehe diese Technologie wirtschaftlich darstellbar ist. Dabei müssen Verfahrenssicherheit und Folgenabschätzungen, beispielsweise beim Trinkwasserschutz, eine wichtige Rolle einnehmen.

Wir setzen auf eine innovative und technologieoffene Erforschung der Geothermie in Brandenburg. Dabei ist gerade das Geoforschungszentrum in Potsdam eine Schlüsselstelle, um das technische und wirtschaftliche Potenzial dieser Energiequelle zu ermitteln. Die CDU-Fraktion setzt sich daher für eine entsprechende Förderung seitens der Bundesregierung und auf Landesebene ein, um diese dezentrale und grundlastfähige Strom- und Wärmeversorgung weiter in Brandenburg zu erforschen und die erheblichen Technologietransfermöglichkeiten in das Ausland effektiv zu nutzen.

Auf den Punkt gebracht – Forderungen der CDU-Fraktion:

- Potenzial der Tiefengeothermie muss umfassend erforscht werden, die Aktivitäten des Geoforschungszentrums sind zu unterstützen und verstärkt zu fördern,
- Geothermie ermöglicht vor allem die Grundlastfähigkeit, hierzu sind entsprechende Initialzündungen für die Grundlagen- und Anwendungsforschung zu unterstützen,
- Entwicklung von Leitfäden für die Nutzung der Oberflächengeothermie (Wärmepumpen).

Unser Bekenntnis zur Solarenergie

Um dem weiteren Anstieg der Energiepreise entgegen zu wirken, hält die CDU-Fraktion eine schrittweise Kürzung der staatlichen Förderung der Solarenergie für geboten. Darüber hinaus muss zwischen dem Bau von großflächigen Solaranlagen und dem Erhalt unserer Natur sowie der Land- und Forstwirtschaft abgewogen und Nutzungskonkurrenzen vermieden werden.

Durch Sonne erzeugte Energie – Solarthermie zur Unterstützung der Nutzwassererwärmung oder Photovoltaik zur Stromerzeugung – sollte künftig insbesondere für die Deckung des Eigenbedarfs genutzt werden. Nach dem Motto „Eigenverbrauch statt Einspeisung“ kann Sonnenenergie sinnvoll und bedarfsgerecht dimensioniert werden ohne leitungsgebundene Kapazitäten zu beanspruchen. Reinen finanzanlageorientierten Großanlagen stehen wir kritisch gegenüber.

Entwicklung der Zahl der Anlagen, deren installierter elektrischer Leistung und der erzeugten Arbeit im Bereich der Photovoltaik

	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Anzahl PV-Anlagen	784	920	1.660	4.300	5.618	8.750	13.284
PV-Leistung in MW _{peak}	8,0	9,4	21,8	39,9	60,9	249,2	591,5
PV-Stromerzeugung (absolut) in GWh	6,8	7,4	13,9	27,4	44,8	138,0	374,1
PV-Anteil an der Bruttostrom-erzeugung in %	0,015	0,016	0,030	0,055	0,089	0,25	0,69

(Quelle: Antwort der Landesregierung Brandenburg auf die Große Anfrage der CDU-Fraktion, Drucksache 5/4040, 19.09.2011, S. 34)

Auf den Punkt gebracht – Forderungen der CDU-Fraktion:

- Solarthermie in Verbindung mit innovativer Heizungstechnik hat Vorrang,
- Finanzanlageorientierten Großprojekten mit Photovoltaik stehen wir kritisch gegenüber,
- Rückführung der Fördersätze, insbesondere Bereinigung der EEG-Umlage.

Unser Bekenntnis zur Windkraft

Brandenburg leistet mit über 3.000 Windkraftanlagen bereits einen großen und wichtigen Anteil an der Nutzung dieser Energiequelle in Deutschland. Unser Land belegt nach Niedersachsen mit über 4.800 Megawatt installierter Leistung den zweiten Platz im Ländervergleich. Anteil der Windkraft an der Stromerzeugung

	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Anzahl WK-Anlagen	1.776	2.033	2.302	2.425	2.644	2.827	2.952
WK-Leistung in MW	2.179,0	2.620,0	3.128,0	3.359,0	3.766,9	4.122,0	4.400,8
WK-Stromerzeugung (absolut) in GWh	2.832,7	4.115,1	4.928,9	5.562,6	6.235,1	6.902,8	7.457,5
WK-Anteil an der Bruttostrom-erzeugung in %	6,27	8,92	10,85	11,18	12,41	12,72	13,75

(Quelle: Antwort der Landesregierung Brandenburg auf die Große Anfrage der CDU-Fraktion, Drucksache 5/4040, 19.09.2011, S. 39)

Unsere Position ist, dass der Erhalt von Lebensqualität und die Bewahrung des Landschaftsbildes künftig stärker als bisher berücksichtigt werden müssen. Die CDU-Fraktion spricht sich deshalb gegen einen weiteren Bau von Windkraftanlagen in wohnortnahen Bereichen Brandenburgs aus.

Daher ist das ursprüngliche Ausbauziel für das Jahr 2020 zu senken, nach dem zwei Prozent der Landesfläche für Windkraftanlagen genutzt werden sollen. Wir sprechen uns auch gegen einen Bau von Windkraftanlagen in Naturschutz- und Landschaftsschutzgebieten aus. Die regionalen Planungsgemeinschaften müssen diese Maßgaben bei der Ausweisung von Windeignungsflächen umsetzen.

Mit einem gezielten Repowering der bestehenden Anlagen kann die Leistung erhöht werden, ohne dass dabei weitere Eingriffe in die Landschaft vorgenommen werden müssen. Eine Kopplung mit entsprechenden Speichertechnologien muss weiter vorangetrieben werden, um die Netze zu entlasten.

Grundsätzlich ist eine vernünftige Abwägung der wirtschaftlichen Interessen und der Lebensbedingungen der Bürger erforderlich, bei der im Zweifel für die Bürger entschieden werden muss.

Auf den Punkt gebracht - Forderungen der CDU-Fraktion:

- Aufkündigung der in der Energiestrategie 2020 festgelegten Ausbauziele für Windkraftanlagen. Wir halten es nicht für vertretbar, bis 2020 in Brandenburg 7.500 MW installierte Windkraftleistung zu erreichen,
- Den von der Landesregierung Brandenburg beabsichtigten Flächenverbrauch von 2 Prozent der Landesfläche (ca. 600 km²) tragen wir nicht mit,
- Baustopp für Windkraftanlagen in wohnortnahen Bereichen. Wir schlagen die Einführung eines Mindestabstandsfaktors vor, der sich an der Bauhöhe der Windkraftträder orientiert, z. B. würde ein Abstandsfaktor von 10 bedeuten, dass ein Windkrafttrader mit einer Nabenhöhe von 200 m mindestens 2.000 m von der nächstliegenden Wohnbebauung entfernt sein muss,
- Überprüfung und Überarbeitung der bestehenden Regionalplanungsverfahren.

d. Fazit – Ein brandenburgverträgliches Energiekonzept

Damit Brandenburg auch in Zukunft Energieland bleibt und dabei seinen Beitrag zur Energiewende und dem Klimaschutz leistet, müssen Netzausbau, Energieeinsparung und Energieerzeugung gleichermaßen weiterentwickelt und vorangetrieben werden. Neben diesen grundsätzlichen Zielen sind bei der derzeitigen Landesregierung zwei wesentliche Aspekte in den Hintergrund getreten, die aber Grundlage einer jeden Energiestrategie sein

müssen. Intensive Bürgerbeteiligung von Anfang an und eine konsequente Stärkung von Forschung und Entwicklung sind die Basis für alle weiteren Schritte. Die CDU-Fraktion bekennt sich ausdrücklich zu diesen beiden Punkten und wird alle energiepolitischen Maßnahmen daran messen und prüfen.